



Dr. Heiner Vischer
Grossratspräsident

Es gilt das gesprochene Wort

Antrittsrede als Präsident des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt

13. Februar 2019

Sehr geehrte Frau Statthalterin
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Grossen Rates
Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin
Sehr geehrte Frau Regierungsrätin und Regierungsräte
Sehr geehrte Mitarbeitende des Parlamentsdienstes und der Staatskanzlei
Sehr geehrte Medienvertreter und Medienvertreterinnen
Sehr geehrte Gäste auf der Zuschauertribüne und an den Bildschirmen zu Hause

Der Grosse Rat hat mich am 9. Januar zu seinem neuen Präsidenten für dieses Amtsjahr gewählt und dafür danke ich Ihnen, liebe Kollegen und Kolleginnen, ganz herzlich. Sie haben mir nicht nur Ihr Vertrauen ausgesprochen, sondern damit auch die Erwartung verbunden, dass ich den Rat nach bestem Wissen und Gewissen durch dieses Jahr führe – und ich kann Ihnen versichern, dass ich dies mit grossem Einsatz und Freude tun werde.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle auch sagen, wie froh ich bin, wieder einmal zu Ihnen sprechen zu dürfen. Das Jahr als Statthalter war zwar sehr interessant und lehrreich, aber es verunmöglichte mir, mich in die parlamentarische Debatte einzubringen. So oft hätte ich gerne meine Meinung gesagt – aber es hat nicht sein dürfen... Und jetzt kann ich es zum Glück wieder tun, als Ihr Präsident, was mich allerdings zu einer parteineutralen Haltung verpflichtet. Aber – und das ist für mich auch ein Novum – niemand kann mir eine Zwischenfrage stellen oder ein Gegenvotum halten...

Noch vor 15 Jahren hätte ich mir unter keinen Umständen vorstellen können, dass ich dieses Amt je einmal ausüben werde. Aber wie das so oft im Leben ist, bin ich immer mehr gemäss dem Sprichwort «l'appétit vient en mangeant» in die Politik «hineingerutscht», nachdem mich damals Ueli Vischer und Christoph Eymann mit Nachdruck dazu motiviert hatten, mich in der Politik zu engagieren. Ich hatte in meiner nun 12-jährigen Amtszeit ausreichend Gelegenheit, mich mit dem Politisieren auseinanderzusetzen. Für mich als gelernten Biologen war das damals ein Einstieg in eine neue Welt – eine Welt der Gesetze, Verordnungen, Budgets und intensiven, oft kontroversen Beratungen. Die Arbeit in den parlamentarischen Kommissionen war dabei besonders interessant und wertvoll, wird doch hier die Hauptarbeit für die spätere Behandlung der Geschäfte im Grossen Rat geleistet.

Für mich als Naturwissenschaftler war aber nicht nur das Kennenlernen des Staates – sozusagen hinter den Kulissen – spannend, sondern auch, das Funktionieren des Staates besser zu erkennen und zu begreifen. Dies ist ein grosses Privileg, das wir notabene alle in diesem Saal teilen. Denn nur wer das Funktionieren eines Systems begreift, versteht auch, wo seine Stärken

und Schwächen sind und kann sich so auch besser für eine Optimierung, die es immer wieder braucht, einsetzen und entsprechend sein Votum gezielter und differenzierter abgeben.

Wir leben in einer Stadt und damit auch in einer Welt, die immer komplexer wird. Die Ansprüche steigen stetig und der Lebensstandard steigt ebenso – zumindest für die allermeisten in unserer Gesellschaft. Dies ist eine grosse Herausforderung, der wir uns immer wieder stellen müssen. Die Ressourcen sind begrenzt und die Erwartungen sehr hoch. Dies bedarf einer gut austarierten Balance des Möglichen und Machbaren. Dabei spielt die Verhältnismässigkeit eine grosse Rolle, und oft führt erst ein Kompromiss zum Ziel. Der Kompromiss ist, wie unlängst ein Philosoph gesagt hat, der Königsweg eines ethischen Findungsprozesses. Ein Kompromiss muss aber letzten Endes von allen Seiten mitgetragen werden. Sonst hat das Volk, wie das in unserem demokratischen Rechtssystem so vorgesehen ist, das letzte Wort.

Ein gutes Beispiel für einen gelungenen Kompromiss ist das neue Energiegesetz. Ich habe das Privileg gehabt, in der UVEK die Entstehung dieses Gesetzes eng mit zu begleiten, und es hat wahrlich viele – zum Teil schmerzliche – Kompromisse von allen Seiten gebraucht, um es schliesslich mit einer grossen Ratsmehrheit zu verabschieden. Dass kein Referendum ergriffen wurde, zeigt, dass der Kompromiss eine grosse Akzeptanz auch ausserhalb des Parlamentes gefunden hat.

Ein anderes Beispiel ist die Steuervorlage 17. Hier konnten sich bekanntlich mit einer Ausnahme alle im Grossen Rat vertretenen Parteien zu einem Kompromiss durchringen (dabei ist das Wort «durchringen» sicherlich richtig gewählt). Dass von der nichtbeteiligten Partei das Referendum ergriffen wurde, ist selbstverständlich legitim, und so hatte das Volk am letzten Wochenende das letzte Wort. Und es hat erfreulicherweise überdeutlich dem Kompromiss zugestimmt.

Natürlich gibt es auch immer wieder Vorlagen, bei denen ein Kompromiss nicht zustande kommt – oder wo gar nicht erst versucht wird, einen solchen anzustreben. Besonders häufig ist das bei Verkehrsfragen zu beobachten. Das ist sehr bedauerlich, denn oft wird die Parteimeinung über die sachlichen Argumente, die – vielleicht – zu einem Kompromiss führen könnten, gestellt. Aber das ist nun der Gang der Dinge in einer Demokratie.

Dieses Jahr wird für Basel und auch für die Schweiz ein sehr bedeutendes werden.

Zuallererst stellt sich für Basel die Frage, wie es mit den Bilateralen Verträgen weitergeht. Unlängst wurde der Entwurf eines Rahmenvertrages mit der EU von einem alt Bundesrat als «Selbstmord» für die Schweiz bezeichnet – meiner Meinung nach eine ungeheuerliche Aussage. Es kann nicht oft genug erwähnt und betont werden, wie wichtig für den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Basel die Beziehungen zu unseren grenznahen Nachbarn sind. Wäre es nicht mehr möglich, den rund 70'000 Grenzgängern, die tagtäglich nach Basel pendeln, in einem einfachen Verfahren hier einen Arbeitsplatz anzubieten, müssten sich die grossen, aber auch kleinere Arbeitgeber in Basel sicherlich die Frage stellen, ob der hiesige Standort noch opportun ist. Die Folgen einer negativen Beurteilung sind wohl allen klar. Die grossen, in Basel ansässigen Statusgesellschaften zahlen rund eine halbe Milliarde Steuern im Jahr und tragen so sehr viel zu unserem Wohlstand bei. Nicht zu vergessen ist, dass auch die kleinen und mittleren Unternehmen von den «Grossen» und umgekehrt profitieren. Es ist für unsere Region von grösster Wichtigkeit, dass in Bern die richtigen Weichen für eine weitere, prosperierende

Entwicklung unseres Kantons und letzten Endes unseres Landes gestellt werden. Die Offenheit von Basel sollte sich auch in der Offenheit der Schweiz widerspiegeln.

Dieses Jahr wird auch über die Weiterentwicklung des trimodalen Hafens mit einem 3. Hafenbecken entschieden werden. Dieses Projekt bringt Basel nicht nur eine grosse Wertschöpfung, sondern ist auch eine grosse Chance, die Transportwege vieler Güter für die Schweiz umweltfreundlich und effizient abzuwickeln und die Rolle Basels als wichtigsten Gateway von Importgütern in die Schweiz zu stärken.

Wichtige Entscheidungen werden dieses Jahr auch die weitere Entwicklung der Universität betreffen. Die Partnerkantone müssen sich auf ein Modell für eine nachhaltige Finanzierung einigen, damit sich die Universität langfristig weiter entwickeln kann und nicht an Bedeutung verliert. Dies ist für den Erhalt eines erstklassigen Forschungsstandortes von entscheidender Wichtigkeit. Und dies gilt insbesondere für die naturwissenschaftlichen und medizinischen Fakultäten: Sie sind ein wichtiger Stützpfiler für die ansässigen Life Science Unternehmen und tragen so direkt und indirekt zu einer grossen Wertschöpfung für unseren Kanton bei. Die Kooperation zwischen der Universität und der Wirtschaft ist also eine grosse Chance für den Standort Basel.

Das Bundesparlament wird in naher Zukunft darüber entscheiden, ob der Projektierungskredit für das Herzstück im nächsten STEP-Programm aufgenommen wird. Dies ist für die weitere Entwicklung von Basel richtungsweisend, denn bei den wachsenden Verkehrsströmen, die wir nun einmal haben, wird es immer wichtiger werden, dass die Besucher und Besucherinnen unserer Stadt mit dem öffentlichen Verkehr, wie zum Beispiel dem Herzstück, möglichst schnell und unkompliziert in das Stadtzentrum gelangen können. Die Volksvertreter und -vertreterinnen von Basel und der Region müssen deshalb im Bundesparlament die notwendige Überzeugungsarbeit leisten, damit dieses Projekt die notwendigen Projektierungsgelder bekommt, um weiterentwickelt werden zu können. Kontraproduktiv sind in diesem Zusammenhang die oft kontroversen Diskussionen in Basel über Infrastrukturprojekte von nationaler Bedeutung, die sogar bis hin zu Denkverboten für langfristige Planungsvorhaben von Verkehrsinfrastrukturen gehen. Diese Uneinigkeit wird in Bern sehr wohl wahrgenommen und führt dazu, dass Basel riskiert, nicht mehr oder nur im geringen Ausmass von Bundessubventionen profitieren zu können. Ich wünsche mir deshalb, dass Basel eine offene und liberalere Haltung einnimmt, damit verschiedene Optionen evaluiert werden können.

Und schliesslich noch ein paar Gedanken zu einem anderen Thema, das mich beschäftigt.

Die Gesellschaft stellt immer höhere Anforderungen an die Lebensqualität. Auch nimmt die Weltbevölkerung ungebremsst zu, was die Situation weiter verschärft. Dabei stellt sich die Frage, ob diese Ansprüche erfüllt werden können und was die Konsequenzen sind. Lassen Sie mich das anhand zweier Beispiele im Bereich der Mobilität und des Klimawandels erläutern.

Das Bedürfnis nach Mobilität steigt stetig. Und das ist nur zu einem kleinen Teil im Ausflugs-tourismus begründet, sondern vor allem in der Tatsache, dass sich die Arbeitsplätze immer häufiger nicht mehr in der Nähe des Wohnortes befinden. Dies bedeutet in der Konsequenz, dass es immer mehr Pendler und Pendlerinnen gibt. Die Grundversorgung im Bereich Mobilität bietet das öffentliche Verkehrsmittel – und das bedarfsgerecht mit steigenden

Frequenzen. Problematisch ist, dass die Nachfrage stärker steigt, als das Angebot mithalten kann. Das führt zu überfüllten Zügen und vor allem zu chaotischen Zuständen auf dem gesamten Streckennetz, wenn sich eine Panne ereignet. Das Gleiche gilt natürlich für den mobilisierten Individualverkehr. Als letztes Jahr auf der Autobahn Richtung Basel ein Gefahrentransporter kippte, hatte dies einen Verkehrskollaps bis in die Stadt hinein zur Folge, von dem noch heute gesprochen wird. Aber was kann dagegen gemacht werden? Primär braucht es einen Ausbau der Kapazitäten, also mehr Geleise, mehr Doppelstockzüge und – auch wenn das nicht allen in diesem Saal gefällt – neue Strassenkapazitäten, wie zum Beispiel den Rheintunnel. Aber auch intelligente Lösungen, wie zum Beispiel eine zeitabhängige Tarifstruktur, ein Road- oder Mobility-Pricing, werden immer mehr an Bedeutung gewinnen, um eine Problemlösung voran zu bringen.

Mein zweites Beispiel betrifft den Klimawandel und wie darauf reagiert werden kann. Dass sich das Klima in einem Wandel befindet wird wohl von niemandem bestritten – ausser vielleicht vom amerikanischen Präsidenten, wenn er sagt: «It is getting warmer in the summer and colder in the winter – I call this weather». Und gerade vor ein paar Tagen hat er zu den Rekord-Minustemperaturen in Amerika gesagt: «You see, it is getting colder – so where is the climate warming?». Die Fakten der Klimaerwärmung sind jedoch klar – die Kausalität hingegen weniger. Denn die Gletscher begannen schon Mitte des 19. Jahrhunderts zu schmelzen, und da gab es weder Autos, noch Flugzeuge, noch Ölheizungen. Und als die Temperaturen im Mittelalter markant anstiegen, wurde dies auch nicht von Menschen verursacht. Aber richtig ist auch, dass wir uns den Gegebenheiten anpassen müssen. Unser Verhalten muss sich auf vernünftige und intelligente Weise ändern, wenn eine Klimaerwärmung zumindest gebremst werden soll. Bekanntlich wurde im Klimaabkommen von Paris beschlossen, die Erderwärmung auf weniger als 2 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit zu beschränken und dass die globalen Treibhausgasemissionen bis 2030 um 30% gegenüber 1990 gesenkt werden sollen. Die Schweiz strebt eine Verringerung um 20% bis 2020 an. Schon jetzt zeigt sich aber, dass diese Ziele vermutlich nicht eingehalten werden können. Auch stellt sich die Frage, was passiert nach 2020 auf nationaler respektive 2030 auf internationaler Ebene? Es ist absehbar, dass die Temperatur auch nach 2030 weiter steigen wird. Wir sind da in einem Teufelskreis, denn – wie ich vorher erwähnt habe – steigen unsere Ansprüche immer mehr und die Bevölkerung nimmt ebenfalls weiter zu. Eigentlich sollten wir uns immer mehr beschränken, um nicht letztlich wieder in die Steinzeithöhle zurückgehen zu müssen. Aber das wollen wir natürlich alle nicht, und deshalb ist auch hier der Mut, intelligente und auch bedarfsgerechte Lösungen zu finden, mehr denn je gefragt. Der Antrieb mit Wasserstoff und die Energiegewinnung mittels Geothermie bieten hier interessante Ansätze. Auch in der Gebäudetechnik und der Mobilität sind weitere Innovationen notwendig und sicher möglich. Schliesslich sind wir aber alle dazu aufgefordert, unseren persönlichen Beitrag zu leisten: Ich, zum Beispiel, fahre fast nicht mehr mit dem Auto, sondern mit dem Velo. Das ist gesund und – dank Solarstrom vom eigenen Dach – umweltschonend und bringt mich in der Stadt auch direkt zum Ziel; zum Beispiel zum Rathaus.

Damit sind wir wieder im Ratssaal zurück, und ich wünsche mir zum Abschluss meiner Ansprache, dass wir uns alle um intelligente, innovative und auch unkonventionelle Lösungen zum Wohl von uns allen bemühen – auch wenn das mit Kompromissen verbunden ist. Ganz im Sinn des Leitspruches, der auf der Wand vis à vis von mir und hinter Ihnen steht: SALUS PUBLICA SUPREMA LEX – Das öffentliche Wohl ist unser oberstes Gesetz.

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Antrittsrede Dr. Heiner Vischer als Präsident des Grossen Rates am 13. Februar 2019

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und eröffne hiermit die erste Sitzung des 3. Legislaturjahres der 43. Legislatur des Grossen Rates Basel-Stadt.